

Reaktionen aus Jordanien auf die Gewaltausbrüche in Israel und den Palästinensischen Gebieten

Die Gewaltausbrüche in Israel werden heftiger: Mindestens 53 Palästinenser und neun Israelis sind seit Anfang Oktober den Ausschreitungen zum Opfer gefallen. Eine neue Welle der Gewalt erschüttert Jerusalem – eine der wichtigsten heiligen Städte der drei großen Weltreligionen: Judentum, Christentum und Islam – und die Angst vor einer neuen Intifada wächst. Während es noch zu früh ist endgültige Schlussfolgerungen zu ziehen, ist es offensichtlich, dass der alte Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern wieder neu entflammt ist und der Tempelberg neuerlich Schauplatz der Gewalt geworden ist.

Jordanien agiert, wie schon so oft in der Vergangenheit, auf der einen Seite als Mediator – zwischen Palästinensern, Israelis und den Vereinigten Staaten – und auf der anderen Seite als Hüter der heiligen Stätten. König Abdullah II ist als direkter Nachfahre des Propheten für den Schutz der muslimischen Heiligtümer in Jerusalem verantwortlich. Der hohe Bevölkerungsanteil von Jordaniern palästinensischer Herkunft – nach Schätzungen bis zu 65% der Gesamtbevölkerung – führt dazu, dass Ereignisse in Israel direkte Reaktionen auf den Straßen Jordaniens hervorrufen. So hatten auch die jüngsten Gewaltausbrüche in Jerusalem, Gaza und der Westbank Demonstrationen in Amman und darüber hinaus zur Folge. Die Bevölkerung fordert eine starke Reaktion des Königshauses und ein konsequentes Handeln ihrer Regierung.

Auch als Verhandlungsort ist Amman von Bedeutung. So trafen sich US-Außenminister John Kerry und Palästinenser

Präsident Mahmoud Abbas mit Jordaniens König zu Gesprächen in der Stadt, mit dem Ziel die Spannungen um den Tempelberg zu reduzieren.

Nachdem sich die Situation nach einer Welle der Gewalt im letzten Herbst gerade wieder etwas beruhigt hatte und so etwas wie Normalität in Jerusalem eingekehrt war, spitzt sich die Lage nun von neuem zu.¹ Junge oder jugendliche Palästinenser versuchen – bewaffnet mit Messern, Steinen und selbstgebauten Brandsätzen – Juden vom Eintritt in die heiligen Stätten abzuhalten. Israelische Sicherheitskräfte sind wiederholt in die Al-Aqsa Moschee eingedrungen und beide Seiten stacheln die Spirale der Gewalt immer weiter an. Von palästinensischer Seite wird der Vorwurf erhoben, Israel verletze den "Status Quo". Dieser sieht vor, dass israelische Polizisten den Tempelberg zwar sichern, er jedoch von Muslimen verwaltet wird. Aufgrund neuerlich verstärkter israelischer Präsenz auf dem Tempelberg befürchten die Palästinenser nun allerdings Israel wolle den Zugang zur Al-Aqsa Moschee für Muslime erschweren. Auch Änderungen im israelischen Polizeikonzept und in der Zugangsregelung, sowie die Begrenzung des Zutritts für Muslime unter einer bestimmten Altersgrenze haben Unsicherheit und Unmut hervorgerufen.

1

□ Zu vergangenen Auseinandersetzungen rund um den Status der heiligen Stätten vgl. Domingo; Oehring, "What if the Hashemite guardianship over the holy sites in Jerusalem is seriously changed?", 27/11/14, Konrad-Adenauer-Stiftung, http://www.kas.de/wf/doc/kas_39881-1522-2-30.pdf?141209125952, (Zugriff am: 25/10/15).

Ereignisse in Jerusalem haben direkte Auswirkungen auf Jordanien: Seine Majestät König Abdullah von Jordanien agiert als Hüter der muslimischen heiligen Stätten in Jerusalem. In Artikel 9.2 des jordanisch-israelischen Friedensvertrags vom 26. Oktober 1994 ist diese spezielle Verantwortung benannt: „*Der freie Zugang zu den Stätten von religiöser und historischer Bedeutung ist gewährleistet. In Übereinstimmung mit der Washingtoner Erklärung beachtet Israel die derzeitige besondere Rolle des Haschemitischen Königreichs Jordanien in Bezug auf die muslimischen Heiligen Stätten in Jerusalem. Wenn Verhandlungen über den endgültigen Status, wie sie in der Prinzipienerklärung im Einzelnen dargelegt sind, stattfinden, wird Israel der historischen Rolle Jordaniens hinsichtlich dieser Stätten hohe Priorität einräumen*“.² Jeder Versuch den jordanischen Einfluss über den Tempelberg zu mindern kann hiermit als Vertragsverletzung bewertet werden.

Ein Übergreifen des Konflikts auf Jordanien ist auch aufgrund der hohen Zahl von Palästinensern im Land – bis zu 65% der jordanischen Bevölkerung – nicht auszuschließen. Der palästinensisch stämmige Bevölkerungsanteil verspürt natürlich eine enge Verbundenheit mit den Palästinensern in Jerusalem, Gaza und der Westbank und zeigt sich solidarisch mit ihnen. Das wird auch von der jordanischen Regierung erwartet. Um die Unterstützung des palästinensischen Bevölkerungsanteils nicht zu verlieren, muss das Königshaus seinerseits reagieren. Dabei befindet es sich in der ständigen Anspannung, einerseits auf die Stimmung der eigenen Bevölkerung eingehen zu müssen und andererseits wichtige Partnerstaaten und Geldgeber nicht zu verärgern – insbesondere die Vereinigten Staaten von Amerika.

Jordanien unterstützt eine Zwei-Staaten-Lösung und damit die Gründung eines souveränen palästinensischen Staates in den Grenzen von 1967 mit der Hauptstadt (Ost)-Jerusalem. Das Königshaus war in die Gespräche zur Beendigung der Gewalt im November 2014 stark involviert und spielt zudem ganz grundsätzlich eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Wahrung des Status Quo. Nach ungeschriebenen Gesetzen dürfen Nicht-Muslime den Tempelberg zwar betreten, jedoch nicht dort beten. Dies hat immer wieder zur Verärgerung jüdischer Aktivisten geführt. Im Wahlkampf im Vorfeld der jüngsten Wahl zur Knesset argumentierte der Likud-Kandidat Yehudah Glick – in einem Versuch diese Vereinbarungen zu brechen – „das Gebet ist ein innerer, spiritueller Akt und keine Armee oder Polizei hat die Macht dieses zu verhindern.“³ Der israelische Ministerpräsident Benjamin Netanyahu betonte jedoch, dass er sein Versprechen, den Status Quo zu achten, nicht brechen werde: „Israel wird seine langjährige Politik weiterverfolgen: Muslime beten auf dem Tempelberg, Nicht-Muslime besuchen den Tempelberg“.⁴ Der Besuch von größeren Gruppen religiöser Juden, besonders an wichtigen jüdischen Feiertagen und der Besuch von Regierungsvertretern führen immer wieder zu Spannungen, auch weil das Gebetsverbot für Nicht-Muslime wiederholt missachtet wurde. Der Gebetsversuch des Landwirtschaftsministers Uri Ariel auf dem Tempelberg hat dies jüngst wieder bestätigt – soziale Medien hatten das Video verbreitet, welches für großen Ärger unter arabischen Israelis sorgte.⁵

3

□ Sharon, "Temple Mount activists: Prayer ban for Jews is discrimination", 25/10/15, The Jerusalem Post, <http://www.jpost.com/Arabi-Israeli-Conflict/Temple-Mount-activists-Prayer-ban-for-Jews-is-discrimination-430042>, (Zugriff am: 27/10/15).

4

□ ebenda

5

□ Zalzburg, "The Crumbling Status Quo at Jerusalem's Holy Esplanade", 07/10/15, Crisis

2

□ Friedensvertrag zwischen dem Haschemitischen Königreich Jordanien und dem Staat Israel, 26/10/94, Wadi Araba, <http://www.kinghussein.gov.jo/peacetreaty.html>, (Zugriff am: 27/10/15).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN
MONA KOEHLER-SCHINDLER
DR. OTMAR OEHRING

November 2015

www.kas.de

Die Verhandlungen von 2014 sind gerade ein knappes Jahr her und schon gescheitert. Warum? Von Anfang an handelte es sich um Geheimverhandlungen, die für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar waren und keine klaren Ergebnisse erzielten. Nach Informationen der International Crisis Group war es Bestandteil der Abmachung, dass Jordanien die palästinensische Seite davon abhalten würde, Gewalt gegen die heiligen Stätten besuchende Juden anzuwenden (dies zielte besonders auf jugendliche Steinewerfer), während Israel jüdische Aktivisten davon abhalten würde, breite Unterstützung für eine Änderung des Status Quo zu gewinnen.⁶ Jordanien setzte seine Verpflichtung um indem es half Steinewerfer vom Gelände fernzuhalten. Doch wie die jetzige Situation verdeutlicht, sollten die Bemühungen nicht von nachhaltigem Erfolg gekrönt sein.

Die neuesten Einschränkungen der Nutzungsrechte des Tempelbergs für Muslime werden von Jordanien deutlich verurteilt: In Reaktion auf die Schließung des Zugangs zur Al-Aqsa Moschee durch Israel ließ die jordanische Regierung am 2. Oktober bekannt geben, dass sie keine diplomatischen und rechtlichen Wege scheue, um Israels eklatante Vertragsverletzungen zu stoppen.⁷ Schon am 28. September betonte König Abdullah: „Die Wahrung der heiligen Stätten ist eine heilige Pflicht. Wir verurteilen jegliche Angriffe auf den arabischen Charakter der Stadt und ihre heiligen Orte.“⁸ Nach einem Treffen mit UN-

Generalsekretär Ban Ki-Moon am 22. Oktober in Amman wiederholte der jordanische König: „Der einzige Weg, diesen Konflikt zu beenden sind echte Friedensgespräche auf Basis der Zwei-Staaten-Lösung, ein Ziel welches größtes Engagement aller beteiligten Parteien erfordert, um das angestrebte Ergebnis erzielen zu können.“⁹

Die anhaltende Gewalt ist eine der schwersten Belastungen für die israelisch-jordanischen Beziehungen seit der Unterzeichnung des Friedensvertrags im Jahre 1994. Eine Normalisierung der Beziehungen zwischen den Gesellschaften der beiden Staaten oder gar die Anbahnung freundschaftlicher Beziehungen war nie möglich. Es ist ein kalter Frieden geblieben auf den die Ereignisse in Jerusalem, der Westbank und Gaza ihre langen Schatten werfen.

Die überwiegende Mehrheit der jordanischen Bevölkerung unterstützt die palästinensische Sache und so haben auch die jüngsten Gewaltausbrüche zu Wellen der Solidarität in Jordanien geführt. Landesweit hat es Demonstrationen gegeben auf denen Jordanier ihre Unterstützung kundgegeben haben. So zogen am Freitag, dem 16. Oktober, hunderte Jordanier von der Al-Husseini Moschee zum Al-Nakeel Platz in Amman,¹⁰ und am 13. Oktober organisierten mehrere Universitäten einen „Tag des Zorns“. Studenten demonstrierten gegen die „Ermordung“ von palästinensischen Zivilisten in der Westbank und verurteilten die Angriffe auf die Al-Aqsa Moschee. In einem Interview mit der „Jordan Times“ brachte Asem Darghmeh, Student der Haschemitischen

Group, <http://blog.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/2015/10/07/the-crumbling-status-quo-at-jeruselems-holy-esplanade/>, (Zugriff am: 25/10/15).

6

□ Zalberg, „The Crumbling Status Quo at Jerusalem's Holy Esplanade“, 07/10/15, Crisis Group, <http://blog.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/2015/10/07/the-crumbling-status-quo-at-jeruselems-holy-esplanade/>, (Zugriff am: 25/10/15).

7

□ The Jordan Times, „Jordan condemns Israel closure of Al-Aqsa, warns of consequences“, 02/10/15, <http://www.jordantimes.com/news/local/jordan-condemns-israel-closure-al-aqsa-warns-consequences>, (Zugriff am: 26/10/15).

8

□ The Times of Israel, „Jordan's king: We won't allow threat to Arab character of Jerusa-

lem“, 28/09/15, <http://www.timesofisrael.com/jordans-king-wont-allow-threat-to-arab-character-of-jerusalem/>, (Zugriff am: 26/10/15).

9

□ The Jordan Times, „King warns against change in Jerusalem status quo“, 23/10/15, <http://www.jordantimes.com/news/local/king-warns-against-change-jerusalem-status-quo>, (Zugriff am: 26/10/15).

10

□ Freij, „Protesters rally around Jordan in support of Palestine“, 18/10/15, The Jordan Times, <http://www.jordantimes.com/news/local/protesters-rally-around-jordan-support-palestine>, (Zugriff am: 26/10/15).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN
MONA KOEHLER-SCHINDLER
DR. OTMAR OEHRING

November 2015

www.kas.de

Universität, das Gefühl vieler seiner Landsleute zum Ausdruck: Jeder Jordanier sieht den palästinensischen Konflikt ein Stück weit auch als seinen eigenen. Des Weiteren fügte er hinzu: „Alles was im Heiligen Land passiert, hat seine Auswirkungen auf Jordanien, und wir als Araber und Muslime tragen dafür Verantwortung“.¹¹

Mit riesigen palästinensischen Flaggen zogen Demonstranten am Freitag, dem 23. Oktober, durch den Amman Stadtteil Shmeisani und verbrannten dabei eine israelische Flagge. Ein Aktivist sagte gegenüber der „Jordan Times“: „Wir wollen der Regierung ein klares Signal senden – sie muss den Zionistischen Botschafter ausweisen und unseren aus dem besetzten Palästina zurückrufen.“¹² Die nationale „Boycott Divestment and Sanctions“ (BDS Jordan) Bewegung, welche jegliche Normalisierung im Verhältnis zu Israel ablehnt jedoch besonders den Friedensvertrag von 1994, rief dazu auf den Boykott israelischer Produkte zu intensivieren.¹³

In einem Treffen am 25. Oktober betonte der jordanische Vize-Premierminister und Außenminister Nasser Judeh die Bedeutung der Beibehaltung des Status Quo und begrüßte Netanyahus Zusicherung, diesen weiterhin zu achten. Es sei ein Schritt in die richtige Richtung auf dem Weg, die Gewalt zu beenden. Des Weiteren sicherte er jordanische Unterstützung im Hinblick auf Maßnahmen zur Sicherung und Wiederher-

stellung des Friedens zu.¹⁴ Um die jüngsten Entwicklungen in Jerusalem zu besprechen und weitere Schritte zu beschließen, trafen sich am 24. Oktober US-Außenminister John Kerry und König Abdullah II in Amman. Im Fokus standen dabei die Notwendigkeit neuerlicher Friedensverhandlungen, sowie die Idee, Vorgänge auf dem Tempelberg künftig rund um die Uhr durch Videokameras dokumentieren zu lassen. Kerry nannte die Idee des jordanischen Königs einen „exzellenten Vorschlag“, dem Netanyahu zugestimmt habe, und lobte die Videoüberwachung als Schritt zu „umfassender Sichtbarkeit und Transparenz“, die „jeden davon abhalten werde, die Unverletzlichkeit der heiligen Stätten zu stören“.¹⁵ Von palästinensischer Seite wurden die Kameras allerdings als neuer Weg Netanyahus „zur Überwachung und Verhaftung unseres Volkes“¹⁶ aufgefasst. Des Weiteren ändern Kameras nichts an den Wurzeln des Konflikts und schaffen sicherlich keine Langzeitperspektive für die beiden Völker.

In letzter Zeit haben sich Gerüchte verbreitet ein israelisches Angebot zur Reduzierung der Spannungen, das eine verminderte Anzahl an jüdischen und nicht-muslimischen Tempelbergbesuchern vorsieht, sei von jordanischer und palästinensischer Seite als nicht weitreichend genug abgelehnt worden. Bis zum Jahre 2000 wurde der Zutritt von jüdischen Besuchern des Tempelbergs von der zuständigen jordanischen Stiftung (Wakf) koordiniert. Mit dem Beginn der zweiten Intifada übernahmen israelische

11

□ Goussous, „University students around Jordan express solidarity with Palestinian resistance“, 13/10/15, The Jordan Times, <http://www.jordantimes.com/news/local/university-students-around-jordan-express-solidarity-palestinian-resistance>, (Zugriff am: 26/10/15).

12

□ Freij, „Jordanians demonstrate in support of Palestinians“, 24/10/15, The Jordan Times, <http://www.jordantimes.com/news/local/jordanians-demonstrate-support-palestinians>, (Zugriff am: 26/10/15).

13

□ The Jordan Times, „BDS calls for intensified boycott of Israel, supporting Palestinian people“, 18/10/15, <http://www.jordantimes.com/news/local/bds-calls-intensified-boycott-israel-supporting-palestinian-people>, (Zugriff am: 27/10/15).

14

□ The Jordan Times, „Jordan is keen to coordinate with Abbas“, 25/10/15, <http://www.jordantimes.com/news/local/jordan-keen-coordinate-abbas%E2%80%9999>, (Zugriff am: 26/10/15).

15

□ The Jordan Times, „Israel agrees to Jordan's proposal to install cameras at Al Haram Al Sharif“, 24/10/15, <http://www.jordantimes.com/news/local/israel-agrees-jordan%E2%80%9999s-proposal-install-cameras-al-haram-al-sharif>, (Zugriff am: 27/10/15).

16

□ Sawafta, „Palestinians suspicious of Al-Aqsa surveillance promoted by Kerry“, 25/10/15, Reuters, <http://www.reuters.com/article/2015/10/25/us-israel-palestinians-idUSKCN0SJ0C220151025>, (Zugriff am: 27/10/15).

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

MONA KOEHLER-SCHINDLER

DR. OTMAR OEHRING

November 2015

www.kas.de

Sicherheitskräfte diese Aufgabe. Dies ist bis heute so und wurde oft kritisiert. So forderte auch in der jetzigen Situation die Palästinensische Autonomiebehörde (PA) eine verstärkte Rolle der Wakf-Stiftung in der Verwaltung der Al-Aqsa Moschee und der Eintrittsverwaltung nicht-muslimischer Besucher.¹⁷

Ofer Zalzenberg von der International Crisis Group Jerusalem sieht die Aufrechterhaltung des „Gebetsverbots für Nicht-Muslime“ und eine Politik des „unbeschränkten Zugangs für Alle“ als wichtigste Maßnahmen zur Wiederherstellung des Friedens. Auch die Erarbeitung eines detaillierten Abkommens und größere Zugeständnisse an die erwähnte Stiftung bei der Verwaltung des Tempelbergs sieht er von höchster Bedeutung. Eine öffentliche Erklärung Israels, die hohe Bedeutung Jordaniens bei der Verwaltung der heiligen Stätten anzuerkennen und zu respektieren, könnte, zusammen mit der Erlaubnis einige – lang untersagte – Symbolprojekte am Tempelberg durchzuführen, als Signal der Bereitschaft Israels mit den Palästinensern zu kooperieren verstanden werden und damit zur Entspannung der Situation beitragen.¹⁸ Jordanien wird – wie schon so viele Male zuvor – auch dieses Mal wieder eine Rolle bei Friedensgesprächen spielen und als Vermittler zwischen Israelis, Palästinensern und den Vereinigten Staaten gefragt sein.

17

□ Issacharoff, "PA, Jordan to tell Kerry they want Muslim control over Jewish visits to Temple Mount", 23/10/15, The Times of Israel, <http://www.timesofisrael.com/pa-jordan-want-muslim-control-over-jewish-visits-to-temple-mount/>, (Zugriff am: 26/10/15).

18

□ Zalzenberg, "The Crumbling Status Quo at Jerusalem's Holy Esplanade", 07/10/15, Crisis Group, <http://blog.crisisgroup.org/middle-east-north-africa/2015/10/07/the-crumbling-status-quo-at-jerusalem-holy-esplanade/>, (Zugriff am: 25/10/15).